



Freiwillig oder verpflichtend? Wie Motivation bei Corona-Massnahmen zerstört werden kann

Inwieweit werden Corona-Massnahmen in der Bevölkerung akzeptiert, wenn diese freiwillig oder verpflichtend sind? Dieser Frage geht Katrin Schmelz vom Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) an der Universität Konstanz in einer neu veröffentlichten Studie nach.

Die vorhandene Literatur deutet in zwei Richtungen: Zum einen können verpflichtende Massnahmen die Akzeptanz verbessern, weil man davon ausgehen kann, dass sich auch andere Menschen an Gesetze halten. Zum anderen kann durch verpflichtende Massnahmen aber auch die Eigenmotivation der Menschen zerstört werden, die freiwillig und selbstverantwortlich zur Kooperation bereit sind.

In einem Online-Survey im April/Mai 2020 wurden knapp 4800 Erwachsene in Deutschland gefragt, inwieweit sie damit einverstanden sind, sich selbst an verschiedene Corona-Massnahmen zu halten, wenn diese entweder von der Regierung dringend empfohlen werden, aber freiwillig bleiben, oder wenn sie verpflichtend sind und kontrolliert werden.

Insgesamt ist die freiwillige Bereitschaft relativ hoch. Allerdings zeigen bei allen Massnahmen mindestens 25% der Befragten eine Kontrollaversion - eine geringere Akzeptanz einer Massnahme, wenn diese erzwungen wird, als wenn sie freiwillig bleibt. Besonders für eine Corona-Warn-App und Impfungen ist das durchschnittliche Einverständnis geringer, wenn diese Massnahmen verpflichtend anstatt freiwillig sind. Das gilt auch in geringerem Masse für Kontakteinschränkungen. Das durchschnittliche Einverständnis, selbst eine Maske zu tragen und Reisen einzuschränken ist unter beiden Bedingungen gleich, also unabhängig davon, ob diese Massnahmen auf freiwilliger oder verpflichtender Basis umgesetzt sind.

Kontrollaversion ist mit Misstrauen gegenüber der Regierung verbunden: Je weniger Vertrauen, desto mehr kann Kontrolle die freiwillige Motivation untergraben. Die Zerstörung freiwilliger Motivation durch kontrollierte Massnahmen ist auch unter älteren Ostdeutschen geringer, die die DDR erlebt haben.



Verpflichtung kann wirksam sein, wenn eine Massnahme leicht durchsetzbar ist, wenig Kontrollaversion hervorruft und von den meisten Menschen eingehalten werden muss, was z.B. für das Tragen von Masken, Reisebeschränkungen und Kontaktbeschränkungen gilt. Bei Corona-Warn-Apps und Impfungen, die schwer durchzusetzen sind und eine erhebliche Kontrollaversion hervorrufen, kann die verpflichtende Umsetzung kontraproduktiv sein.

Schmelz, Katrin (2020). Enforcement may crowd out voluntary support for Covid19 policies, especially where trust in government is weak and in a liberal society. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS). <https://doi.org/10.1073/pnas.2016385118>